

herrschenden Monopolgruppen unternehmen mit Hilfe des Staates alle Anstrengungen, um auf diese Weise den Markt für ihre Erzeugnisse systematisch zu regulieren und soweit wie möglich auszudehnen.

In diesem Zusammenhang gibt es noch andere Erscheinungen. Da im Prozeß dieser staatsmonopolistischen Regulierung die Entwicklung des Marktes wesentlich auf längere Zeit beeinflusst werden kann als das in den früheren Perioden des Kapitalismus der Fall war, sind die herrschenden Monopole bestrebt, nicht erst eine Überproduktion von Waren zuzulassen, sondern unter Ausnutzung des Staates soweit wie möglich die Produktion einzuschränken und sie der Entwicklung des Marktes anzupassen. So werden im westdeutschen Steinkohlenbergbau an die Monopole riesige staatliche Mittel für jede nicht produzierte Tonne Steinkohle gezahlt, um die Steinkohlenproduktion auf einem niedrigen Niveau zu halten. Ähnliche Beispiele gibt es in der Landwirtschaft und den anderen Wirtschaftszweigen. In der Eisen- und Stahlproduktion wird wiederum durch vielerlei staatsmonopolistische Maßnahmen gesichert, daß hohe Profite auch dann erzielt werden, wenn die Kapazität nur zu 50 oder 60 Prozent ausgelastet wird. Das heißt, der Widerspruch zwischen Produktion und Markt kommt auf vielen Gebieten nicht in erster Linie in der Überproduktion von Waren, sondern in der Nichtauslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten zum Ausdruck.

Das Ergebnis ist, daß auf diese Weise der ökonomische Zyklus abgeflacht wird. Der Beginn einer Krise auf diesem oder jenem Gebiet der Wirtschaft kann hinausgezögert, die Überwindung von Krisen und Stagnationserscheinungen beschleunigt, die Überproduktion verringert werden.

2. Die staatsmonopolistischen Maßnahmen haben besonders im Zusammenhang mit der technischen Revolution einen großen Einfluß auf die Investitionstätigkeit. Noch vor dem zweiten Weltkrieg waren die Schwankungen der Investitionstätigkeit und damit im Zusammenhang die Schwankungen in der Produktion von Produktionsmitteln wesentlich größer als in den übrigen Teilen der kapitalistischen Wirtschaft. Heute, durch die staatsmonopolistischen Maßnahmen besonders im Zusammenhang mit der technischen Revolution, hat sich hier die Lage wesentlich geändert. Natürlich gibt es nach wie vor in der Investitionstätigkeit eine zyklische Entwicklung. 1958 oder 1963, als in der westdeutschen Wirtschaft zahlreiche Krisenerscheinungen zutage traten, ging auch in vielen Wirtschaftszweigen

die Investitionstätigkeit zurück, während 1960/61 und 1964 die Investitionstätigkeit wesentlich beschleunigt wurde. Aber die Schwankungen sind nicht mehr vergleichbar mit jenen aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg. Die technische Revolution und der ökonomische Wettbewerb mit dem Sozialismus zwingen die Monopole dazu, auch dann große Neuanlagen zu machen und Modernisierungsprogramme durchzuführen, wenn die vorhandenen Anlagen nicht ausgelastet sind. In den USA, in Westdeutschland und anderen imperialistischen Ländern waren besonders in den Jahren bis 1963 riesige Kapazitäten in der Eisen- und Stahlindustrie nicht ausgelastet. Dennoch wurden nach wie vor große Investitionen vorgenommen und umfangreiche Programme zur technischen Erneuerung der Produktionsanlagen durchgeführt. Ähnliche Erscheinungen haben wir in vielen anderen wichtigen Industriezweigen, dabei besonders in jenen, die wir vom Standpunkt der technischen Revolution zu den führenden zählen.

Eine solche Politik wurde jedoch erst möglich, weil ein umfassendes staatsmonopolistisches System der Finanzierung der Investitionstätigkeit entwickelt wurde. Dazu zählt zunächst allgemein die Tatsache, daß durch die staatsmonopolistische Regulierung ein System der planmäßigen Profiten treicherei entstanden ist, das den Monopolen außerordentlich hohe Profite sichert — und zwar auch dann, wenn die Kapazitäten nur wenig, oft nur zur Hälfte, ausgelastet sind. Daher realisieren die Monopole in allen Phasen des Reproduktionsprozesses genügend Profit, um auch in allen Phasen hohe Investitionen zu machen.

Weiter werden den Monopolen vom Staat viele Mittel für Investitionszwecke auf den verschiedensten Wegen als Subventionen, Kredite und ähnliches zur Verfügung gestellt oder für direkte staatliche Investitionen ausgegeben. In der Zeit von 1950 bis 1963 waren das insgesamt rund 200 Mrd. D-Mark.

Von großer Bedeutung in diesem Zusammenhang ist schließlich das System der sogenannten Selbstfinanzierung. Dabei handelt es sich darum, daß den Unternehmern die Möglichkeit gegeben wird, durch das System der sogenannten degressiven Abschreibung den Wert aller Neuanlagen bereits in drei bis fünf Jahren fast vollständig abzuschreiben. So betrug der wertmäßige Umschlag des fixen Kapitals im

Fahrzeugaufbau	3,5 Jahre
Baugewerbe	3,5 Jahre
Elektrotechnische Industrie	4,0 Jahre
Chemie	5,0 Jahre